

Auszug aus der Niederschrift

Beschlussvorlage öffentlich		SV-Nr.: WP 14-20 SV 01/084
Betreff:	Einführung der digitalen Gremienarbeit	

11.10.2017 Rat der Stadt Hilden

TOP 3.1

Vertagungsantrag:

Rm. Schreier/ CDU erklärte, dass die CDU-Fraktion noch Beratungsbedarf habe. Er beantragte, die Beratung dieses Tagesordnungspunktes auf die Sitzung im Dezember 2017 zu vertagen. Dann könne in einem Zuge über die Variante der Einführung und die Änderung der Satzung entschieden werden. Bürgermeisterin Alkenings fragte gemäß der Geschäftsordnung des Rates und seiner Ausschüsse nach Gegenrede zu diesem Antrag.

Rm. Reffgen/ BA erklärte daraufhin, er halte die Sitzungsvorlage zwar noch nicht für beratungsreif, das Thema verdiene aber, beraten zu werden.

Bürgermeisterin Alkenings erläuterte, dass eine Vertagung des Tagesordnungspunktes zur Folge hätte, dass heute nicht darüber beraten werden könne. Da es für die Verwaltung wichtig sei zu erfahren, welche offenen Fragen und Anregungen sich in den Fraktionsberatungen ergeben haben, bat sie die Ratsmitglieder darum, heute über das Thema zu diskutieren und lediglich auf die anschließende Abstimmung zu verzichten. Dadurch würde das Thema im Dezember 2017 erneut auf der Tagesordnung stehen, so dass dem Wunsch der CDU-Fraktion entsprochen würde.

Der Rat folgte diesem Vorschlag und lehnte folgerichtig den Antrag der CDU-Fraktion einstimmig ab.

Die Fraktionen vertraten folgende Positionen zu den in der Sitzungsvorlage betrachteten Varianten:

Die SPD- und die FDP-Fraktion sprachen sich für die Einführung der digitalen Gremienarbeit in Form des Beschlussvorschlages (=Variante 2 „Nutzung eigener Endgeräte“) aus.

- Rm. Y. Hoppe/ FDP betonte, dass mit dieser Variante das Tablet über den Abruf der Sitzungsunterlagen hinaus auch privat genutzt werden könne. Dies biete den Vorteil, dass Gremienmitglieder neben dem eigenen Tablet nicht auch noch zusätzlich ein städtisches mit sich führen müssen. Neben der finanziellen Ersparnis sei es vorteilhaft, dass innerhalb der App kommuniziert werden könne, was die Fraktionsarbeit vereinfache. Andere Kommunen seien den Weg der Digitalisierung bereits erfolgreich gegangen.
- Rm Barata/ SPD appellierte an die Fraktionen, mit einem klaren Schnitt komplett von Papier auf die digitale Gremienarbeit umzustellen und keine Zwischenlösung zu beschließen, damit es tatsächlich zu einer Einsparung kommen könne. Eine einvernehmliche Entscheidung der Fraktionen sei wichtig und solle im Dezember beschlossen werden. Sie warnte davor, die Entscheidung „auf die lange Bank zu schieben“.

Die Fraktionen von Bündnis 90/ Die Grünen und der Bürgeraktion sprachen sich für die Einführung der digitalen Gremienarbeit in Form der Variante 1 „Bereitstellung von Endgeräten durch die Verwaltung“) aus.

- Rm. Bartel/ Grüne betonte, wie wichtig ein einheitliches System sei und dass die Verwaltung die Verantwortung für den Support der Geräte trage. Nur so könne die digitale

Gremienarbeit funktionieren. Die Kosten, die die Stadt für Zustellung, Druck und Papier spare, solle man in die Geräte für die Gremienmitglieder investieren. Auch das Geld, das die Stadt gespart habe, weil die Ausschussvorsitzenden auf die zusätzliche Aufwandsentschädigung verzichtet haben, könne der Kostendeckung dienen. Unabhängig davon, dass kein Fraktionsmitglied der Grünen die Papierform wolle, merkte er an, dass es den Gremienmitgliedern wegen der Menge an Ausdrucken nicht zugemutet werden könne, die Unterlagen selber auszudrucken. Er teile im Zusammenhang mit der Komplettumstellung auf digitale Gremienarbeit nicht die Auffassung der Kreisverwaltung, und erläuterte, dass Kommunalaufsichten anderer Gemeinden den gleichen Sachverhalt kritischer sehen. Bürgermeisterin Alkenings stellte klar, dass für Hilden die Rechtsauffassung des Landrates ausschlaggebend sei. Er prüfe im Rahmen der Kommunalaufsicht insbesondere die Recht- und Gesetzmäßigkeit der Aufgabenwahrnehmung durch die kommunalen Körperschaften.

- Rm. Reffgen/ BA erklärte, dass die BA-Fraktion den Beschlussvorschlag (=Variante 2 „Nutzung eigener Endgeräte“) entschieden ablehne. Die Ratsmitglieder und sachkundigen Bürger dürften nicht dazu verpflichtet werden, auf eigene Kosten Tablets zu kaufen. Auch in der Wirtschaft sei es üblich, dass Mitarbeiter auf Kosten des Arbeitgebers mit Geräten ausgestattet werden. Zudem könne er nicht nachvollziehen, warum der Rat für die Verwaltung 20 Tablet anschaffen solle. Er stimme mit Rm. Bartel/ Grüne darin überein, dass bei der Variante 2 sämtliche technischen Probleme auf die Mandatsträger verschoben werden.

Die Fraktionen CDU, Allianz und AfD sprachen sich nicht ausdrücklich für eine der in der Sitzungsvorlage dargestellten Varianten aus. Rm. Burchartz/ Allianz betonte, seine Fraktion hätte sich heute entscheiden können. Rm. Bommermann/ AfD bemängelte, dass die in der Sitzungsvorlage genannte Kosteneinsparung für die Stadt darauf beruhe, dass der einzelne Mandatsträger die Kosten trage.

Unabhängig von der gewählten Variante äußerte Rm. Remih/ FDP den Wunsch, die Lizenzierung der Windows App noch nicht -wie im Beschlussvorschlag vorgesehen- auszuschließen. Bürgermeisterin Alkenings erläuterte die aktuellen Funktionseinschränkungen der Windows App, merkte aber auch an, dass der Rat selbstverständlich dennoch deren Lizenzierung beschließen könne. Rm. Grünendahl/ CDU informierte, dass Microsoft in diesen Tagen erst verkündet habe, dass der Support für Windows 10 eingestellt werde. Daher mache der Erwerb der Windows-Lizenz keinen Sinn. Rm. Remih/ FDP kündigte an, die Weiterentwicklung der App mit dem Betriebssystem Windows zu beobachten.

Die Fraktionen stellten folgende Fragen bzw. gaben folgende Anregungen für die weitere Beratung:
Die SPD regte an, dass die Verwaltung die Gremienmitglieder bei der Nutzung von Mandatos engmaschig begleite. Die Verwaltung solle den Fraktionen Informationen über die nötigen technischen Voraussetzungen eines Tablets zur Verfügung stellen, damit die Gremienmitglieder sinnvolle Geräte beschaffen können.

Die Grünen baten, den in der Sitzungsvorlage genannten Zeitraum von ca. 3 Monaten als Übergangszeit zu überdenken. Sie halten als Übergangszeitraum sechs bis neun Monate für realistisch.

Die Allianz bat um eine Finanzierungslösung der Tablets für die sachkundigen Bürger. Während die großen Fraktionen in den Gremien zu ca. 80 % durch Ratsmitglieder vertreten seien, sei das Verhältnis von Ratsmitgliedern zu sachkundigen Bürgern in kleinen Fraktionen umgekehrt.

Die FDP regte an, eine Variante 4 anzuführen, in der die Fraktionen einen einmaligen Zuschuss für Tablets der sachkundigen Bürger erhalten. Dadurch werde berücksichtigt, dass sachkundige Bürger nur Sitzungsgeld und keine pauschale Aufwandsentschädigung erhalten. Der finanzielle Aspekt der Diskussion könne so entschärft werden. Aus den aktuellen Zuschüssen können die Fraktionen diese Kosten für die sachkundigen Bürger nicht stemmen. Die FDP sprach sich dafür aus, dass es in der Verwaltung Ansprechpartner sowohl für Ratsmitglieder als auch für sachkundige Bürger geben solle.

Die BA fragte, ob die sachkundigen Bürger ihre Tablets an die jeweiligen Stellvertreter im

Vertretungsfall weitergeben sollen. Es wurde zudem in Frage gestellt, ob Baupläne in DIN A 3 und der Haushaltsplan auf dem Tablet lesbar seien. Die BA forderte, dass jedes Ratsmitglied einen Chip erhält, mit dem es sich an den Druckern im Rathaus einloggen kann, um dort kostenfrei zu drucken. Der Beratungsbedarf der Gremienmitglieder sei insbesondere an den Wochenenden, an denen sich die Gremienmitglieder üblicherweise auf Sitzungen vorbereiten, zu befriedigen. Vor allem in Bezug auf die vorgeschlagene Variante 2 sei zu klären, ob die Verwaltung die Gremienmitglieder bei auftretenden Problemen mit Ersatzgeräten ausstatte.

Die AfD gab an, dass ca. 80 % der Fraktionsmitglieder kein eigenes Tablet besitzen und auch keines brauchen. Es sei gewünscht, dass technische Fragen geklärt werden, z. B. inwieweit ein Tablet vorinstalliert ist und was man für einen Download braucht (Stichwort WLAN).

Abschließend bat Bürgermeisterin Alkenings die Fraktionen darum, sich mit allen weiteren, im Beratungsverlauf aufkommenden Fragen und Anregungen möglichst frühzeitig an das Bürgermeisterbüro zu wenden. Dieses sei bestrebt, Fragen schnellstmöglich zu klären bzw. Anregungen in der nächsten Sitzungsvorlage aufzugreifen.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Hilden beschließt die Einführung der digitalen Gremienarbeit. Grundsätzlich nutzen die Gremienmitglieder hierbei eigene Endgeräte (Tablets).

Die Verwaltung wird beauftragt,

- Lizenzen der Firma Somacos zu erwerben für die Mandatos-App der Betriebssysteme
 - iOS und
 - Android,
- den Gremienmitgliedern eine Sammelbestellung für den Erwerb von Tablets anzubieten,
- die Hauptsatzung und die Zuständigkeitsordnung des Rates bezüglich der digitalen Gremienarbeit zu überarbeiten und dem Rat zur Entscheidung vorzulegen und
- eine Nutzungsvereinbarung vorzubereiten.

Die Mittelbereitstellung erfolgt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen 2018.

Abstimmungsergebnis:

Ohne Beschlussfassung in die Ratssitzung am 13.12.2017 verwiesen.